

Bundesfinanzminister Olaf Scholz

Sven Giegold
Office ASP 05 F 163
60 Rue Wiertz
B-1047 Bruxelles
Tel: 0032.2.28-45369
Fax: 0032.2.28-49369
sven.giegold@ep.europa.eu

21/02/2019

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Scholz,

wegen misslungener Schiffsfinanzierungen benötigt die NordLB bis zu 3,7 Milliarden Euro frisches Kapital. Auch wenn es der Landesbank zuletzt gelang, einen Teil der faulen Kredite zu verkaufen, besteht die Krise weiterhin. Das Angebot zweier privater Investoren Cerberus und Centerbridge wurde zurückgestellt. Weitere Angebote waren anscheinend nicht eingegangen. Stattdessen verhandelt der Aufsichtsrat der Bank nun mit den Bundesländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt sowie mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) über eine tragfähige Lösung. 1,2 Milliarden Euro wollen die Sparkassen zur Verfügung stellen. Das Land Niedersachsen wolle der Bank mit bis zu 1,5 Milliarden Euro unter die Arme greifen, weitere 200 Millionen Euro sollen aus Sachsen-Anhalt kommen. Bislang hat die Bundesrepublik Deutschland lediglich informelle Gespräche mit der EU-Kommission über die Vereinbarkeit der staatlichen Rekapitalisierung mit den europäischen Regeln zur Bankenrettung geführt. Eine Notifizierung der geplanten staatlichen Rekapitalisierung bei der EU-Kommission durch die Bundesrepublik steht bislang aus.

Anders als andere Fälle von staatlichen Unterstützungen bei Bankenrettungen und -umstrukturierungen handelt es sich bei der Nord LB um eine Bank im direkten und indirekten öffentlichen Eigentum. In jüngerer Zeit gab es einen ähnlichen Fall bei der portugiesischen Bank Caixa Geral de Depósitos (CGD). Bei deren Rekapitalisierung entschied sich Portugal seinerzeit, die geplante Unterstützungsmaßnahme gegenüber der EU-Kommission freiwillig zu notifizieren, obwohl das Land selbst die Rechtsauffassung vertrat, dass die Unterstützungsmaßnahme nicht notifizierungspflichtig sei. Im anschließenden Prüfverfahren kam die Kommission am 10. März 2017 zu dem Schluss, dass Portugals Pläne zum Ausbau der Eigenkapitalposition der staatlichen Bank Caixa Geral de Depósitos (CGD) um 3,9 Mrd. Euro den EU-Beihilfavorschriften entsprachen. Die Maßnahmen wären zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt worden und wären folglich keine unerlaubten staatlichen Beihilfen zugunsten der Bank.

Auch die NordLB braucht ein ordentliches Prüfverfahren mit einer objektiven Entscheidung der EU-Kommission, ob es sich bei der Rekapitalisierung der öffentlich-rechtlichen NordLB um Staatsbeihilfe handelt oder nicht. Es ist europapolitisch nicht fair und auch nicht vermittelbar, dass das wohlhabende Deutschland sich hier anders verhält als das vergleichsweise arme Portugal. Zudem deuten fehlende private Angebote mit einem positiven Nettogebot zumindest daraufhin, dass die Rekapitalisierung nicht zu Marktkonditionen erfolgt. Daher bitte ich Sie, die geplante Rekapitalisierung baldmöglichst freiwillig gegenüber der EU-Kommission zu notifizieren und somit jeden Verdacht nationaler Umgehungsversuche europäischer Regeln zu umgehen.

Über eine positive Antwort würde ich mich sehr freuen.

Hochachtungsvoll,

